

# NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Sozialausschusses am Dienstag, dem 29.11.2016, im Gebäude der Kreisverwaltung Kaiserslautern, Lauterstraße 8, im Gebäude der SWK, Burgstraße 11, 67659 Kaiserslautern.

## ANWESEND WAREN:

### **Wohlfahrtsverbände**

Herr Christian Hirsch  
Herrn Horst Kiefer  
Herrn David Lyle  
Herrn Dieter Martin  
Herr Markus Quambusch

Frau Gabriele Gallé  
Herr Armin Obenauer  
Herrn Hans-Josef Wagner  
Frau Francesca Wagner-Heintz

Entschuldigt fehlte:

### **Wohlfahrtsverbände**

Herrn Gunter Hertzler  
Herrn Toni Klein-Moog  
Herrn Michael Nickolaus  
Herrn Michael Rinder  
Herr Karl-Heinz Schraß

Herrn Jürgen Christmann  
Herrn Arnold Germann  
Herrn Ralf Hechler  
Frau Miriam Jung  
Frau Dr. Freia Jung-Klein  
Herr Dr. Albert Rübel  
Herrn Manfred Stahl  
Herrn Norbert Ulrich  
Herrn Jürgen Wenzel

**Beginn:** 14:00 Uhr

**Ende:** 16:00 Uhr

## T a g e s o r d n u n g :

### Öffentlicher Teil

- 1      Zuwanderungen und Asylbegehren - Aktuelle Situation
- 2      Vorstellung der neuen Sozial- und Fachplanerin
- 3      Informationen der Betreuungsbehörde
- 4      Information über die geplante Neufassung der KdU - Richtlinie
- 5      Haushaltsplan 2017 (Teilhaushalt 11)
- 6      Verschiedenes

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Sozialausschusses und verpflichtet Herrn Quambusch als neues Mitglied im Sozialausschuss

Sodann folgte der Eintritt in die Tagesordnung.

### **TOP 1: Zuwanderungen und Asylbegehren – Aktuelle Situation**

Anhand der PowerPoint-Präsentation erläutert Frau Blauth die aktuellen Entwicklungen.

Herr Schmidt ergänzt, dass Personen aus Afghanistan, Syrien, Somalia, Iran, Irak und Pakistan über das EASY-GAP-Verfahren Termine zur Anhörung bekommen haben. Die meisten Personen, denen nur der subsidiäre Schutz gewährt wird, klagen dagegen. In der Regel wird ihnen dann die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt und somit sind Familiennachzüge möglich. Laut dem BAMF soll das Verfahren zukünftig in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen bereits abgeschlossen werden.

Derzeit sind leerstehende Wohnungen in den Verbandsgemeinden vorhanden, es bleibt aber den jeweiligen Verbandsgemeinden vorbehalten die Wohnungen zu kündigen oder beizubehalten. Es kann keine Einschätzung getroffen werden, ob zukünftig nicht wieder mehr Flüchtlinge ankommen.

Im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) teilt Herr Leßmeister mit, dass dem Landkreis Kaiserslautern 77 Jugendliche zugewiesen sind, wovon 69 im Einzugsgebiet untergebracht sind. Dabei versucht der Landkreis möglichst kostengünstige Lösungen zu finden. Laut dem Königsteiner Schlüssel müssten dem Landkreis insgesamt 86 UMAs zugewiesen werden. Beim BAMF gibt es für die UMAs nur einen Entscheider in Rheinland-Pfalz. Kein UMA, der dem Landkreis zugewiesen ist, hat bisher einen Termin bekommen. Auch wenn die Anerkennung erfolgt ist, besteht das Problem der Integration weiterhin. Die soziale Integration ist nicht die Aufgabe des Jobcenters. Der Bund hat für die Integration bereits Gelder bereit gestellt.

Herr Schmidt betont, dass das ehrenamtliche Engagement bewundernswert ist. Es ist aber erkennbar, dass die Ehrenamtlichen erschöpft und mit den neuen Herausforderungen, wie beispielsweise mit dem Umgang mit dem Jobcenter teilweise auch überfordert sind. Daher bleibt die Ehrenamtsunterstützung für 2017 ein wichtiges Thema und wird im Steuerungskreis als ein Schwerpunktthema behandelt.

Frau Hein erläutert, dass das Jobcenter zur Zeit 3700 Kunden hat, davon sind ein Drittel Ausländer und wiederum davon sind 50 % Flüchtlinge aus dem Iran, Irak, Afghanistan, Somalia, Pakistan und aus Syrien. Derzeit betreut das Jobcenter 556 Flüchtlinge, wobei noch ca. 500 erwartet werden. Aufgrund der geänderten Anforderungen hat das Jobcenter die Organisation umgestellt. Es wurde auch ein arabisch sprechender Mitarbeiter eingestellt. Bisher sind 20 Flüchtlinge in Arbeit integriert worden. Diese Personen sind aber schon länger in Deutschland und die notwendigen deutschen Sprachkenntnisse sind vorhanden. Unter den Flüchtlingen gibt es auch einige Analphabeten, die keine Schulbildung haben. Für diese Personen sind erst Alphabetisierungskurse erforderlich, bei denen eine lange Wartezeit besteht.

Herr Schmidt teilt mit, dass der Landkreis Kaiserslautern zum 01.01.2017 einen Bildungskordinator für den Bereich Sprache einstellt. Dazu werden vom Bund die Personalkosten erstattet.

Weiterhin gibt es das Projekt FIM (Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen). Der Landkreis hat 85 Plätze ab 01.02.2017. Träger der Maßnahme sind MOTIV und die Neue Arbeit Westpfalz. Diese Maßnahme ist für Personen, die noch im Asylverfahren sind. Wenn aber die Anerkennung ausgestellt wird, können die Personen noch im FIM verbleiben bis ein Integrationskurs begonnen werden kann.

Ein weiteres Problem besteht bei islamischen Ehen, die in Deutschland nicht anerkannt sind. Daher müssen auch Vaterschaftsanerkennungen durchgeführt werden.

## **TOP 2: Vorstellung der neuen Sozial- und Fachplanerin**

Frau Heck stellt sich und ihre Projekte für 2017 anhand der Power-Point-Präsentation vor.

Herr Schmidt ergänzt, dass es weiterhin das Projekt „Gemeindeschwester<sup>plus</sup>“ gibt, das eine sehr große Akzeptanz findet und auch gut angenommen wird.

Das Projekt WohnPunktRLP ist eine Chance für „kleine“ Gemeinden die Wohnsituation im Alter in der Gemeinde zu verbessern und ältere Menschen die Möglichkeit zu geben länger in ihrer gewohnten Umgebung bleiben zu können.

## **TOP 3: Informationen der Betreuungsbehörde**

Frau Overkamp erläutert die Aufgaben und Ziele der Betreuungsbehörde (siehe beiliegende Power-Point-Präsentation). Herr Leßmeister ergänzt, dass in der Betreuungsbehörde aufgrund der Fallsteigerungen eine Viertel-Stelle aufgestockt wird und die Verwaltungsstelle in eine sozialpädagogische Stelle umgewandelt wird. Es hat sich gezeigt, dass vermehrt auch Beratungsgespräche erforderlich sind, daher ist diese Veränderung erforderlich. Die zunehmenden Demenz- und psychischen Erkrankungen führen zu mehr Fällen, da die Betreuungsbehörde in jedes Verfahren involviert ist. In ca. 60 % der Fälle handelt es sich um ältere Menschen.

## **TOP 4: Informationen über die geplante Neufassung der KdU-Richtlinie**

Herr Schmidt erläutert, dass die KdU-Richtlinie 2005 erstellt wurde. Die Kostensätze sind mittlerweile zwei Mal erhöht worden. In Widerspruchs- und Klageverfahren hat sich herausgestellt, dass die Richtlinie nicht stand hält. Von den Gerichten wird ein Mietspiegel gefordert. Im Landkreis Kaiserslautern ist bisher kein Mietspiegel vorhanden, eine Erstellung kostet mehrere 10.000 €. Der Landkreis hat die KdU-Richtlinie auf Grundlage der Wohngeldtabelle neu erstellt. Jetzt muss noch rechtlich geprüft werden, ob die Richtlinie vor Gericht stand hält, oder doch ein Mietspiegel erstellt werden muss.

Frau Hein teilt mit, dass ca. 30 % aller Arbeitslosengeld II Empfänger einen Teil der Miete aus ihrem Regelsatz zahlen, weil mit den vorgegeben Kosten der Unterkunft keine Wohnung gefunden wird.

#### **TOP 5: Haushaltsplan 2017 (Teilhaushalt 11)**

Einführend teilt Herr Schmidt mit, dass in der Vergangenheit die Rechnungsabschlüsse günstiger waren als die Planung im Haushalt. Die Haushaltsplanung ist jedes Jahr schwierig, weil die genauen Fallzahlen nicht vorhersehbar sind und bei einer Unterdeckung ein Nachtragshaushalt erforderlich ist.

Frau Blauth erläutert den Teilhaushalt 11 anhand der PowerPoint-Präsentation und ergänzt, dass die Erstattungen des Landes über die Schlüsselzuweisungen in den allgemeinen fließen.

Der Vorsitzende fügt hinzu, dass das Bundesteilhabegesetz, welches zum 01.01.2017 in Kraft treten soll, noch geändert wird. Die Auswirkungen sind noch nicht absehbar und die Rückflüsse des Bundes schlecht nachvollziehbar.

Für anerkannte Flüchtlinge sollen die Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II komplett vom Bund erstattet werden. Auch werden Mittel für Integrationsmaßnahmen an die Kommunen verteilt aber das Land Rheinland-Pfalz weiß noch nicht wie die Gelder verteilt werden. Das sind alles Faktoren, die die Haushaltsplanung erschweren.

#### **TOP 6: Verschiedenes**

Herr Schmidt gibt an, dass die Vorsorgemappe bis Ende 2016 erstellt wird und in den Verbandsgemeinden, der Betreuungsbehörde und im Sozialamt ausgelegt wird.

Der Vorsitzende bedankte sich bei den Anwesenden und schloss die Sitzung.

Kaiserslautern, den 01.12.2016

Vorsitzender

Schriftführerin